

## 7. Politik und Wissenschaft in der DDR

### Kontrastanalyse im Vergleich zur Bundesrepublik

Peer Pasternack

In der DDR herrschte ein Wissenschaftsverständnis, das Wissenschaft instrumentell als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses verstand.<sup>74</sup> Dieser wiederum wurde von einem zentralen Machtzentrum aus über eine gestufte Herrschaftsvertikale gesteuert. In der Logik dieser Betrachtung konnte es keine verbürgte Wissenschaftsfreiheit und Autonomie geben; gleichwohl mussten aus funktionalen Gründen Teilautonomien zugestanden werden. Zugleich verstand die politische Führung ihre Steuerungsaktivitäten als wissenschaftlich begründetes Handeln und suchte diese mit Fachexpertise zu untermauern. Da dies im Rahmen ideologisch gesetzter Grenzen zu geschehen hatte, war die DDR-Geschichte auch eine Geschichte des Scheiterns der Verwissenschaftlichung von Politik. Die Wissenschaft stand dabei in einem Rollenkonflikt: Sie war, wollte sie ernst genommen werden, den universalistischen Regeln der Wissenschaft unterworfen, musste aber zugleich die partikularistischen Ansprüche des politischen Systems bedienen.<sup>75</sup> Dies führte zu einer permanenten Spannung zwischen Instrumentalisierung und Homogenisierung der Wissenschaft einerseits sowie Versuchen der Nischenbildung und Teilautonomieerringung andererseits.

In der Bundesrepublik dominierte ein Verständnis von Wissenschaft als autonomer Sphäre. Dies fand seinen Ausdruck in der individuellen Wissenschaftsfreiheit und der institutionellen Hochschulautonomie. Gleichwohl sind hier auch Anfechtungen zu notieren. Allein der Umstand, dass 60 Prozent aller Forschungsausgaben in der privaten Wirtschaft getätigt werden, verweist auf eine entsprechend große Arena der suspendierten Wissenschaftsfreiheit. Im öffentlich finanzierten Bereich ergeben sich Einschränkungen der Autonomie dann, wenn die Wissenschaft durch Tendenzen funktionslogischer Sektorenkolonisation usurpiert wird: Mehrfach fanden und finden sich Versuche, politischen und wirtschaftlichen Funktionslogiken im Wissenschaftsbereich Geltung zu verschaffen.

---

*In der DDR dominierte die Heteronomie das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Sie konnte nur im Einzelfall durch fortwährend prekäre Teilautonomie-Arrangements relativiert werden.*

*In der Bundesrepublik fand und findet fortwährend eine Auseinandersetzung zwischen Steuerungsoptimisten und Steuerungspessimisten statt – die nie eindeutig entschieden wurde und wechselnde Sieger sah und sieht*

---

- Für die 60er und 70er Jahre gilt in beiden deutschen Staaten: Es wird eine Indienstnahme der Wissenschaft incl. der Hochschulbildung für die technologische und wirtschaftliche Entwicklung versucht. Die Stichworte, unter denen dies stattfindet, sind auf beiden Seiten etwas unterschiedlich, bezeichnen aber ähnliches: „Wissenschaftlich-technische Revolution“ oder kurz „WTR“ heißt in der DDR, was in Westdeutschland als „Durchsetzung technologischer Überlegenheit“ zur „Standortsicherung“ innerhalb der Systemauseinandersetzung firmiert.
- Ebenso findet sich in beiden deutschen Staaten der 60er und 70er Jahre eine starke Wissenschaftsgläubigkeit. Sie knüpft an die seinerzeitige Konjunktur systemischen bzw. kybernetischen Denkens und

<sup>74</sup> Peer Pasternack: Wissenschaft und Politik in der DDR. Eine Kontrastbetrachtung im Vergleich zur Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv 3/2008, S. 510-519; ders.: Wissenschaft und Politik in der DDR. Rekonstruktion und Literaturbericht, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2010; auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_4\\_2010.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_4_2010.pdf)

<sup>75</sup> Frank Ettrich: Soziologie in der DDR. Hilfswissenschaft zwischen ideologischer Delegitimierung und partieller Professionalisierung, in: Berliner Journal für Soziologie 3-4/1992, S. 447-472, hier S. 453.

eine allgemeine Planungseuphorie an. In der DDR macht in diesem Zusammenhang das Schlagwort von der „wissenschaftlichen Leitung“ in Wirtschaft und Gesellschaft die Runde. Gemeint ist damit sowohl eine methodisch angeleitete Führung als auch der Wille, die Wissenschaft in einem technischen Sinne als Instrument zur Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung zu mobilisieren.

- Auch für die 80er Jahre lässt sich eine Gemeinsamkeit ausmachen, nämlich eine Generationsblockade. Allerdings ist dies allein in der DDR ein Problem, welches das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im engeren Sinne berührt – nämlich im Hinblick auf die Erstarrung des Systems, die sich nicht zuletzt in ihrem vergreisenden Führungspersonal zeigt. In der Bundesrepublik hingegen ist die Generationsblockade ein rein wissenschaftssysteminternes Problem.

Insgesamt freilich überwiegen die Unterschiede. In der DDR verband sich die erwähnte Wissenschaftsgläubigkeit mit einem unumschränkten Führungsanspruch der Partielite. Das äußerte sich etwa in der fortwährenden Betonung, mit dem Marxismus-Leninismus verfüge man über eine „wissenschaftliche Weltanschauung“. Gemeint war: eine ‚wahre‘ Weltanschauung, deren Wahrheitsgehalt überempirisch ist, folglich empirisch nicht irritierbar. Dahinter steckte ein mechanistisches Wissenschaftsverständnis, das von aufeinander aufbauenden Stufen niederer und höherer Gewissheit ausging. Die höchste Gewissheit kam kanonisierten Gesetzesaussagen zu. Dabei berief man sich mit mehr oder weniger Berechtigung auf die kommunistischen Vordenker, die in den Status von Klassikern erhoben worden waren. Aus der Verfügung über die „wissenschaftliche Weltanschauung“ wurde die Notwendigkeit und Berechtigung abgeleitet, eine politische Partei – die SED – als Aufsichtsführende über die Wissenschaft zu installieren. Folglich gab es auf allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebs SED-Leitungen. Häufig hauptamtlich organisiert, war deren politische Steuerung der fachlichen Leitung durch Hochschulrektorate, Akademiepräsidien oder Institutsdirektionen vorgeschaltet.

Schließlich muss als ein zentraler politisch induzierter Unterschied zwischen DDR- und bundesdeutscher Wissenschaft festgehalten werden, dass ein Lebenselixier der Wissenschaft in der DDR dramatisch eingeschränkt war – die freie Fachkommunikation und damit die wissenschaftliche Öffentlichkeit:

- Sowohl in der internationalen als auch der inländischen Kommunikation waren die DDR-Wissenschaftler/innen auf Diät gesetzt. Publikationen in Fachzeitschriften unterlagen faktisch der Zensur und darüber hinaus dem allgegenwärtigen Restriktionsargument „Papierknappheit“.
- Der Zugang zu internationaler Fachliteratur war mindestens behindert, häufig beschränkt und obendrein nach Hierarchiepositionen abgestuft.
- Reisegenehmigungen für das westliche Ausland wurden nach undurchschaubaren Kriterien versagt oder erteilt. Für den größten Teil der Wissenschaftler/innen blieben sie ohnehin von vornherein unerreichbar.
- Briefliche Kommunikation mit westlichen Fachkollegen wurde ungern gesehen und sollte über die jeweiligen Dienstvorgesetzten laufen.
- Die Parteiaufsicht über die wissenschaftsinternen Vorgänge war ergänzt durch eine geheimpolizeiliche. Diese prägte zwar nach allgemeiner Auffassung der meisten Wissenschaftler/innen den akademischen Alltag weniger, als dies nachträglichen Darstellungen zu entnehmen ist. Doch erzeugte sie zumindest ein latentes Bewusstsein des Beobachtetwerdens und wurde überdies dann, wenn ein Wissenschaftler erst einmal ins operative Fadenkreuz gelangt war, sehr schnell existenziell.
- Und schließlich galt die sowjetische Wissenschaft – nach den sogenannten Klassikern – unabhängig von ihrer tatsächlichen Leistung als Wahrheitsmaßstab. Unter solchen den DDR-Wissenschaftlern angesonnenen Bedingungen zugleich fortwährend das berühmte „Weltniveau“ in der Forschungsarbeit erreichen zu sollen, musste selbstwidersprüchlich sein.

Erstaunen muss, dass trotz dieser Bedingungen in zahlreichen Bereichen beachtenswerte Forschungsergebnisse erzielt wurden – wobei diese Bewertung davon ausgeht, dass Beachtlichkeit nicht erst dann erreicht wird, wenn Paradigmen umgestoßen und wissenschaftliche Revolutionen ausgelöst werden: Wissenschaft ist überall und systemunabhängig nur ausnahmsweise Spitzenwissenschaft. Insoweit ist solide Wissenschaft auch nicht allein solche, welche die Zeiten überdauert. Der größte Teil der Forschungser-

gebnisse erledigt sich allerorten, nicht nur für die DDR-Wissenschaft, durch die jeweils darauf aufbauenden nachfolgenden Arbeiten spätestens der nächsten Forschergeneration.

Für die Bundesrepublik kann kontrastierend festgehalten werden, dass die Eigenlogik der Wissenschaft im Grundsatz akzeptiert war und ist. Gleichwohl finden sich auch dort politische Interventionen. Sie begründen sich zunächst aus dem Umstand, dass weit überwiegend öffentliche Mittel zur Finanzierung der Forschung aufgewendet werden. So gab es etwa immer wieder Konjunkturen des Ausbaus bestimmter Fächer, und über öffentliche Förderprogramme wurde (und wird) versucht, bestimmte Themenfelder prioritär zu entwickeln. Daneben kamen – etwa im Zusammenhang mit dem Radikalenerlass in den 70er Jahren – explizit politisch motivierte Überdehnungen versuchter Einflussnahme auf die Wissenschaft vor. Doch blieb bei all dem, im Grundsatz, die individuelle Wissenschaftsfreiheit ein Maßstab, der sich gegebenenfalls (verfassungs)gerichtlich einklagen ließ. Wo es zu Spannungen zwischen der Autonomie der Wissenschaft und Ansprüchen der Politik kam, waren diese – anders als in der DDR – zumindest öffentlich thematisierbar und diskussionsfähig.

Als zentraler Unterschied zwischen DDR und Bundesrepublik hinsichtlich des Wissenschaft-Politik-Verhältnisses ist zu notieren, wie die Steuerung von Wissenschaft aufgefasst und umgesetzt wurde und wird. In der DDR war der Steuerungsoptimismus – auch gegen alle widerstreitenden Erfahrungen – zeitenübergreifend ungebrochen. Er wurde lediglich in einer kurzen Phase in den 60er Jahren relativiert, als der Eigenlogik der Subsysteme breiterer Raum verschafft werden sollte. In der Bundesrepublik hingegen fand und findet fortwährend eine Auseinandersetzung zwischen Steuerungsoptimisten und Steuerungspessimisten statt – die nie eindeutig entschieden wurde und wechselnde Sieger sah und sieht.

Übersicht 5: Die deutsch-deutsche Wissenschaftsentwicklung der Nachkriegsjahrzehnte in Stichworten

	1950er	1960er	1970er	1980er	1990er	2000er
<b>DDR</b>	Zentralisierung Gegenprivilegierung Kaderpolitisierung	technokratische Modernisierung Hochschulexpansion	Expansionsrücknahme Disziplinierung	Krise Generationsblockade	Abwicklung Transformation	Managerialisierung Re-Bürokratisierung
<b>ehem. Bundesrepublik</b>	Restauration	Hochschulexpansion kulturelle Durchlüftung Demokratisierung	Expansionsfortsetzung Pädagogisierung	Generationsblockade Unterfinanzierung Bürokratisierung	Auflösung der Generationsblockade	Föderalisierung Verschulung

So kann festgehalten werden: In der DDR dominierte die Heteronomie das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Sie konnte nur im Einzelfall durch fortwährend prekäre Teilautonomie-Arrangements relativiert werden. In der Bundesrepublik ist die Autonomie der Wissenschaft nie grundsätzlich in Frage gestellt worden. Sie erfährt ihre Gefährdungen seltener durch eine übergreifende Politik als durch Usurpationen sektorenfremder Funktionslogiken wie z.B. der Marktlogik.

Metaphorisch ließe es sich auch so ausdrücken: In der DDR trachtete die Politik danach, die Wissenschaft zu domestizieren. Die Wissenschaftler sollten sich den politischen Vorgaben, Abläufen und Ansprüchen unterwerfen – im Gegenzug wurden einige arttypische Eigenheiten zugestanden bzw. inkaufgenommen. In der Bundesrepublik war es durch die Jahrzehnte hin im wesentlichen akzeptiert, dass die Wissenschaft ihr eigenes Habitat selbst organisiert. Die Politik erwartete zwar durchaus auch, dass Nützlichkeitsersparungen bedient werden. Sie baute aber im wesentlichen darauf, dass die Erträge umso effektiver ausfallen, je restriktionsfreier sie zustande kommen.